

ULC

Ein Ministerium für Verbraucherschutz

Die ULC hat sich schriftlich an den vom Großherzog genannten „Formateur du gouvernement“ gewandt, um ihm ihre Forderungen zu unterbreiten, welche sie bereits im Vorfeld der Wahlen den politischen Parteien hatte zukommen lassen.

Der Konsumentenschutz verlangt in seinem Schreiben, dass diese Forderungen bei der Erstellung des Regierungsprogramms der kommenden Regierung berücksichtigt und auf konstruktive und zufriedenstellende Weise beantwortet werden.

Eine Hauptforderung der ULC ist die Schaffung eines Verbraucherschutzministeriums oder zumindest die Nominierung eines delegierten Ministers, der die politische Verantwortung übernimmt und zuständig für die Berücksichtigung der Verbraucherinteressen in allen politischen Bereichen ist. Hinzu kommen Empfehlungen juristischer Natur wie die Schaffung der Möglichkeit von Sammelklagen, die Institutionalisierung der außergerichtlichen Schlichtung sowie die Erweiterung der europäischen Schlichtungsprozedur bei kleineren, grenzüberschreitenden Streitfällen bis 2.000 Euro auch auf nationaler Ebene.

Auch beansprucht der Konsumentenschutz eine bessere finanzielle Unterstützung durch den Staat, da er nicht nur im Interesse seiner Mitglieder, sondern im Interesse aller Verbraucher handelt. Die ULC setzt sich für die Wiedereinführung der automatischen Indexanpassung der Löhne und Gehälter ab dem 1.1.2015 ein und plädiert für die Beibehaltung des sogenannten harmonisierten Trinkwasserpreises.

Der Konsumentenschutz unterstreicht gegenüber dem „Formateur“, dass er eine Mehrwertsteuererhöhung ablehnt, da eine solche vor allem die Haushalte mit schwachen Einkommen belasten würde. Eine globale Steuerreform darf die Mittelschicht nicht noch stärker belasten, da sie der Motor des Inlandkonsums ist. Letztlich fordert die ULC, dass zielführende Maßnahmen in das Regierungsprogramm aufgenommen werden, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, dies sowohl zum Erwerb als auch zur Miete.

MET-LUX S.A.

Augmentation des salaires

Le LCGB vient de renouveler la convention collective des salariés de MET-LUX S.A. à Rodange. Elle a une durée de deux ans et contient les améliorations suivantes:

- une augmentation linéaire des salaires de 0,5% à partir du 1.1.2013;
- une prime de production variable de 1,5% en 2013;
- une augmentation linéaire d'au moins 0,5% au 01.01.2014;
- une prime variable pour 2014;
- la majoration pour heures supplémentaires augmente de 45 à 50% à partir du 1.6.2013.

MET-LUX S.A. est une entreprise industrielle qui emploie 60 salariés et qui est spécialisée depuis 1996 dans la métallisation sous vide de divers matériaux flexibles.

„Conseil économique et social“ (CES) zur Wohnungsproblematik

Bauperimeter ausweiten

Claude Molinaro

Bis 2030 müssten insgesamt 129.000 neue Wohnungen gebaut werden. Um die Immobilienpreise in den Griff zu bekommen, gebe es kein Allheilmittel, sagte der Präsident des „Wirtschafts- und Sozialrats“, Gary Kneip.

Jährlich müssten eigentlich 6.500 neue Wohnungen gebaut werden, behauptet der CES. 4.000 bräuchte man schon wegen des Bevölkerungswachstums, 2.280 um alte Wohnungen zu ersetzen, und 120 als Reserve. Der Wirtschafts- und Sozialrat (CES) setzte sich in seinem gestern vorgelegten Gutachten mit der Frage auseinander, wie mehr Wohnraum wieder bezahlbarer werden kann. Bezahlbar sei der Wohnraum, wenn man nicht mehr als 40 Prozent seines verfügbaren Einkommens für das Wohnen ausgibt. Dem Statec zufolge sind zwischen 2002 und 2010 im Durchschnitt allerdings nur 2.800 Wohneinheiten im Jahr gebaut worden. Eine Ausnahme bildet das Jahr 2008: damals wurden 4.444 neue Wohnungen fertiggestellt. Eine Konsequenz dieses permanenten Wohnungsmangels sei, dass zwischen 1974 und 2010 die Preise auf dem Immobilienmarkt um elf Prozent pro Jahr gestiegen sind, schreibt der CES.

Der Preis wird natürlich vom Grundstücksangebot mitbestimmt. Laut dem „Observatoire de l'habitat“ sind derzeit um die 5.000 ha Bauland verfügbar. Das würde aber nur für rund 50.000 neue Wohnungen reichen. 75 Prozent des Baulands befinden sich in privater Hand.

Die bisherigen öffentlichen Maßnahmen, um mehr Men-



Foto: Isabelle Finzi

Bis 2030 müssten fast 130.000 Wohnungen gebaut werden

schon zum Wohneigentum zu verhelfen, sieht der CES skeptisch. Viele dieser Finanzhilfen hätten das Gegenteil bewirkt, nämlich die Preise zusätzlich in die Höhe getrieben. Deshalb fordert der CES in erster Linie, alle momentanen Instrumente der Wohnungsbaupolitik einer Analyse zu unterziehen.

Methoden überdenken

Auch müssten die statistischen Methoden überdacht werden, die benutzt werden, um die Durchschnittspreise zu ermitteln. Alleine Zeitungsanzeigen und Webseiten seien dazu nicht geeignet.

Maßnahmen, um die Preise auf dem Wohnungsmarkt zu senken, würden nicht fruchten, wenn es

nicht gelänge, die Grundstückspreise in den Griff zu bekommen. Erstens müssten unbebaute Grundstücke schneller bebaut werden. Gary Kneip, Präsident des CES, wies auf das Projekt „Baulücken“ der Stadt Luxemburg hin.

Der CES schlägt des Weiteren vor, das Grundstücksangebot durch eine Ausweitung des Bauperimeters zu erhöhen. Wengleich sowohl Arbeitnehmer wie auch Beschäftigte mit dieser Grundforderung einverstanden sind, so gehen die Meinungen doch auseinander, was die Begleitmaßnahmen angeht.

Derweil sich alle einig sind, die Grundstückspekulation zu bekämpfen, wollen die Vertreter der Beschäftigten Höchstpreise festlegen und eine Steuer einfüh-

ren für Eigentümer, die sich weigern, ihre Grundstücke zu bebauen.

Die Patronatsseite ist jedoch der Ansicht, dass den Gemeinden auch jetzt schon genügend Mittel zur Verfügung stehen, um die Anzahl der Grundstücke zu steigern, wie z.B. „Pacte logement“. Strafbeträge könnten sich negativ auf die Preise auswirken.

Allgemein fordert der CES auch, dass mehr in den Mietwohnungsbereich investiert wird, ein Bereich, der in Luxemburg lange quasi ignoriert wurde. Das Gleiche gelte für den sozialen Wohnungsbau. Allerdings müsste dieser die Ausnahme bleiben; der Zugang zu dezemtem und bezahlbarem Wohnraum auf dem privaten Wohnungsmarkt müsste die Regel sein.

OGBL will den unfairen Verhandlungsbedingungen von ArcelorMittal nicht nachgeben

Streik oder Einigung in letzter Minute?

Sascha Bremer

Fast ein Jahr ist es nun her, dass ArcelorMittal den Kollektivvertrag einseitig aufgekündigt hat. „Damals wurde dies unter der Begründung getan, man müsse den Einheitsstatut berücksichtigen“, meinte OGBL-Gewerkschaftssekretär Jean-Claude Bernardini im Rahmen einer Pressekonferenz in der „Maison du peuple“ in Esch. Mittlerweile habe sich die Position des Stahlherstellers jedoch zu einem „Kompetitivitätsplan“ gewandelt, den man so nicht gutheißen könne. Zudem sei der Investitionsplan „Lux 2016“ vom Stahlhersteller geändert worden. Statt maximal 400 Millionen stünden jetzt nur noch 300 Millionen Euro als Investitionen im Raum.

Statt der einst versprochenen neuen „Straße“ für das Werk Belval habe der Stahlgigant nun andere, weniger ambitionierte Pläne. „Uns gegenüber spricht man von der Modernisierung einer der beiden Straßen in Belval“, meinte Jean-Claude Bernardini. Wenn dem Fortbestand des Werkes damit nicht geschadet wird, könne der OGBL damit durchaus einverstanden sein. „Wir haben allerdings – etwas naiv – bei der Direktion nachgefragt, ob die so eingesparten 100 Millionen anderweitig auf dem Standort Luxemburg investiert werden.“ Die Antwort könne man sich denken, meinte Bernardini.

Wenn man nun das nicht einge-



Angelo Zanon, Jean-Claude Bernardini und Michel Couguille (v.l.n.r.)

haltene Versprechen in puncto Investitionsvolumen bei Lux 2016 zu den nicht eingehaltenen Versprechen von ArcelorMittal nach der Schließung des Düdler Werkes, des Schifflinger Werkes sowie dem nach drei Monaten eingestellten „plan de sauvetage“ von Schifflingen-Rodange hinzuzählt, dann „kommen wir nicht umhin festzustellen, dass es zwischen der Direktion auf der einen Seite und den Gewerkschaften sowie dem Personal auf der anderen Seite zu einem Vertrauensbruch gekommen ist.“ Dabei sei noch hinzu-

fügen, so Bernardini, dass man bei den Verhandlungen rasch den eigenen Forderungen katalog fallen ließ.

Kein Kollektivvertrag, keine Stahltripartite

Deshalb sei es nur konsequent, dass, wenn es nicht zu einem Abschluss eines neuen Kollektivvertrages kommen sollte, auch keine neue Stahltripartite infrage käme, meint Bernardini. Man sei jedenfalls weiter zum Dialog bereit,

doch nicht unter der von ArcelorMittal gestellten Bedingung. Hischlichtungsprozedur läuft darüber hinaus am 21. November aus.

Der OGBL will deshalb am 5. November eine Protestaktion in Esch gegen die Blockade-Haltung des Stahlkonzerns organisieren.

Parallel hierzu wird man die Tarifkommission um Erlaubnis fragen, eine Mitgliederbefragung zwecks Urabstimmung über einen Streik durchzuführen. Die Urabstimmung könnte nach dem 13. November organisiert werden.

Foto: Alain Richard